

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hülsen- und chemischen Industrie

Erhalten werden soll: Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Einzelnummern die gewöhnl. Wochensatzzeit für Arbeiter, nebst 75 Pfg. Geldzins- und Frachtkosten 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3368-07. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 18

Duisburg, den 1. Mai 1920

21. Jahrgang

Der Anteil der sozialdemokratischen Führer.

Vor einigen Tagen las ich bei Merschkowsky, dem genialen Interpreten der größten Russen Dostojewsky und Tolstoi das harte Wort: „Wehe den Führern, daß sie Erde wurden.“

Führer sein heißt, das Gute, das die Masse in sich birgt, in potenziertester Stärke zu besitzen, und das Böhere, das die Masse qualvoll in sich trägt, niederzukämpfen. Führer sein heißt, den Weg der Gerechtigkeit gehen, Höhenmenschen sein, den triebhaften Instinkten der Masse gegenüber unbegreiflich und seitend zugleich zu sein, heißt, die Masse in sich zu durchdringen.

Wir klagen die sozialistische Idee an, daß sie den Weg der Gerechtigkeit, des Gemeinmens, der feinsten Größe nicht kenne, sondern den Menschen hinabstoße in die Tiefe des Materialismus und des schroffen Klasseneigensinnes, der sein Hauptziel bestimme in der Diktatur eines einzigen Standes, des Proletariats.

Es ist etwas anderes um die Diktatur des Proletariats, wie sie in den Büchern von Kautsky und Mucke steht oder wie die Diktatur des Proletariats sich in Wirklichkeit auswirkt. Die Menschheit und auch das Proletariat ist Fleisch und Bein, ist in Niederungen befinnlich, in die sie durch die sozialistische Idee noch immer tiefer hineingedrückt wird und diesem Teil der Menschheit bedeutet Diktatur etwas ganz anderes, als in den Büchern steht.

Da wird die Diktatur kein Gerechtigkeitsgefühl, sondern die Lust zum Unterdrücken, da werden statt sozialen Empfindens diejenigen zum Hungern verurteilt, die nicht auf dem Boden der Diktatur stehen, da gibt es Brot und — Steine.

Wer will das leugnen? Hat nicht das Ruhrgebiet in den letzten Wochen das gleiche Bild gezeigt? War es im Räterepublik München, in Ungarn oder in Rußland anders? Die Weltgeschichte beweist, daß Diktatur, Terror und Sklaverei nebeneinander liegende Begriffe sind.

Wer die Diktatur will, ist auch für ihre Folgen verantwortlich; ist verantwortlich für das Blut, für die Tränen, für den Hunger, für die Räuberzeiten, für das Chaos.

Wir klagen an die sozialistische Idee.

Wir klagen aber auch alle diejenigen an, die aus dem unfehligen erbärmlichen Streich der Rapp-Butschisten ihre eigene Münze auf Kosten des deutschen Volkes schlagen wollten oder die feige genug waren, nicht rückhaltlos Paroli zu gebieten.

Wir klagen an die sozialdemokratischen Führer, besonders an die sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Sie sind schuldig durch ihre weitgehenden Konzessionen oder gar durch Uebereinstimmen mit der Diktatur des Proletariats.

Sie sind schuldig durch ihre tatkräftige, ob gewollte oder ungewollte Hilfe.

Die Sozialdemokratie erstrebt im Prinzip — trotz Mehrheitssozialisten — die Diktatur des Proletariats. Das hat sie von den Ultimaten ererbt.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften, deren Streben bis zur Revolution noch dahin ging, praktische Gegenwartsarbeit zu leisten zum materiellen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse, suchten — wenigstens theoretisch — auf dem Boden der Demokratie, schwenkten aber dann mehr und mehr in das rein politische Fahrwasser hinüber. Seit der Münchener Tagung 1919 hat sich eine scharfe Linksschwenkung nach U. S. und damit auch eine Umkehrung der gewerkschaftlichen Grundzüge bei den meisten sozialdemokratischen Gewerkschaften vollzogen. Ihre Ordnung fand die Rehabilitierung auf der Generalkonferenz der sozialdemokratischen Metallarbeiterverbände in Stuttgart, wo U. S. die Vorstandsführung an sich riß. Das Programm über die Aufgabe der Gewerkschaften, das auf dem U. S.-Partei-tag in Leipzig Ende 1919 aufgestellt wurde, konnte als die allgemeine Marschroute der meisten sozialdemokratischen Verbände angesehen werden. Es heißt darin: „Zur Durchführung des Kampfes bedarf die Arbeiterklasse der Gewerkschaften, die sich zum unbedingtesten proletarischen Klassenkampf bekennen und zu Kampforganisationen der sozialen Revolution umgestalten sind... Das vornehmste und entscheidende Kampfmittel ist die Aktion der Masse.“

Die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung, die bald zum Hauptorgan der U. S. P. heranwuchs, die mit dieser Haltung aber bei einem immerhin noch bedeutenden Teil der Mitglieder auf scharfe Ablehnung stieß, machte ihren Beitritt zum Klassenkampf und die daraus entstehenden Greuel mit starken Farben (Nr. 5, 1920): „Sie (nämlich diejenigen, die auf dem Boden der demokratischen Republik stehen) zittern und bebren. Sie wissen, daß ihr Ende nahe ist... Eine Bartholomäusnacht fürchten sie... Sie fürchten die Bluthochzeit. Und ihre sonst ärmliche Phantasie läßt sie erstarren, sobald sie die künstlich zurückgebänderte Wut des Volkes zu spüren bekommen... Die Sprache verstummt. So sieht es in der von Sozialisten geführten Republik aus: Die Proletarier fallen, die Kurze steigen.“

Wie mag eine solche Sprache, die im Munde und im Geiste des Proletariats noch viel schärfer extremere Formen annimmt, wirken? Wie wird der rote Agitator der Masse das Wort „Bluthochzeit“ und „Bartholomäusnacht“ überseht haben? Am Wasserurm in Essen haben Angehörige der roten Armee am 18. März eine furchtbare Bluthochzeit gefeiert. Zwanzig grüne Polizisten, die sich ergeben hatten, wurden einer nach dem anderen mit Dolchen und Säbengewehren niedergemetzelt und bis zur Unkenntlichkeit zerhackt.

Weiter heißt es in der Metallarbeiterzeitung Nr. 4: „Dort (in Rußland) hat das Proletariat die Diktatur errichtet, die auch wir als notwendig erachten.“ In Nr. 5 schreibt ein gewisser Grune: „Es genügt nicht, wenn wir uns auf den Boden der Diktatur des Proletariats stellen und das Rätesystem als die geeignete Staatsform zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft anerkennen, wir müssen auch wissen, wie wir unsere Taktik einzurichten haben...“

Mitten in den Wirren der letzten Tage bekräftigt sie nachdrücklich ihren Standpunkt in Nr. 10: „Das Ziel der proletarischen Revolution ist nicht die Schaffung einer demokratischen Republik, sondern die Aufhebung der Herrschaft des Proletariats. Das zu erkennen und auszusprechen ist jetzt die Pflicht des Proletariats... Die Erkenntnis muß klar greifen, daß der Kampf des Proletariats sich richten muß sowohl gegen die Reaktion, wie auch gegen die demokratisch-bürgerliche Republik.“

Neulich schreiben die Organe der übrigen auf dem Boden der U. S. stehenden Gewerkschaften. Die „Freiheit“ gab den Ton an und die im „wahren“ Sozialismus etwas asymmetrisch gewordene Tante „Vorwärts“ suchte aus Verbestärkten dem radikalen Phrasenauto nachzulassen — wenigstens auf der zweiten und dritten Seite — nachdem sie auf der ersten Seite treu u. fieder den demokratischen Gut sich zurück gedrückt hatte. Durch das ganze Band wurden die Fäden gesponnen. Zum Kampf wurde aufgefordert, nicht nur zum Geisteskampf, nein, man griff auch mit beiden Händen zum verabscheuungswürdigen „Rückzug der Barbaren“. Die „rote Fahne“, sozialdemokratisches Fleisch vom sozialdemokratischen Fleisch (Vorwärts Nr. 200): „Die Ueberwindung der Bourgeoisie geschieht nicht durch einen Abstimmungsakt, weder in den Arbeiterkräten noch sonstwo, sondern durch eine Reihe von Kampfakten, deren Mittel alle Machtmittel sind, die das Proletariat in den Händen hat und in die Hände bekommt: vom ökonomischen Zwang bis zum 21-Zentimeter-Geschütz oder stärkeren Kalibern.“

So wurde der Boden vorbereitet. Das sozialdemokratische Proletariat wurde auf die Gewehre hingewiesen, auf Gewalt und Unfriede. Durch die Arbeitererschaft auf den Werken ging seit längerer Zeit ein geheimes Raunen, es sei etwas in der Luft, es müsse doch mal zum Krach kommen, es müßte erst die Gleichheit aller da sein. Teilweise leiteten die Aktionen ein. Der Aufmarsch vor dem Reichstagsgebäude anlässlich der Vertriebsaktion, wo 42 verlegte Proletarier auf den Straßen verdrängt, war der Beginn. Was fürte man sich um 42 Seihen. Kleinigkeit! Die Generalprobe war herrlich gelungen. Wie lieb doch Napoleon meiden, als seine Krieger zu Behntausenden auf den weiten trostlosen Schneeböden Rußlands erfroren: „S. M. ist es nie besser gegangen, als jetzt!“

Welches Kapital läßt sich nicht aus 42 erschollenen Proletariern schlagen? Darauf kommt es an. Und sie müssen gut.

Der Rapp-Busch, erbärmlich, elend, nichterträglich, riß auch von ihren Karren die Doeken weg und sie mußten jetzt schon ein Spiel spielen, daß sie sich für einige Monate später anschaute hätten.

Was bisher als außerhalb der Möglichkeit erschien, war durch den Rapp-Busch Wirklichkeit geworden. Die noch bis dahin rechtssozialistische Leitung der Generalkommission der sozialistischen Gewerkschaften mit Regien an der Spitze, hat nach den Auslassungen der unabhängigen Führer, besonders des U. S.-Oberhauptes Crispian die Gelegenheit benutzt, nicht mehr ihrer besseren Einsicht, sondern der Massenstimmung zu folgen und in dem linksradikalen Gewässer mitzuschwimmen. Und diesem Gesichtswinkel heraus müssen auch die Ereignisse bewertet werden, die sich in dem Ultimatum der acht Punkte der sozialistischen Gewerkschaften an die neugebildete Regierung und in dem fortwährenden Druck der sozialistischen Gewerkschaften als politische Macht in den letzten Wochen gezeigt haben.

Im Lande aber jubelten die Sozialisten aller Schattierungen. Die mehrheitssozialistische Duisburger Volksstimme schrieb am 22. März bekräftigend: „Auch wir suchen die Diktatur des Proletariats aufzurichten.“ Und am 26. März in den Tagen, da Rapp schon längst beseitigt war, da die Mehrheitssozialisten aber noch in dem Vollzugsrat saßen, mit freudiger Erregtheit: „Die Bewaffnung des Proletariats ist vollkommen gesichert.“

Gegen wen? Für wen? Zur Aufrechterhaltung der Ordnung? Privat- und Geschäftsklente her! Sie alle wissen, weshalb die Bewaffnung des Proletariats sicher gestellt werden mußte: Um die Diktatur des Proletariats aufzurichten. In einer „Volksversammlung“ am Duisburger Stadttheater sagte

der bekannte rote Landesvertreter Minister: „Wir wollten die Diktatur des Proletariats“ und nach ihm begann Ring, der erste Bevollmächtigte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zu Duisburg seine Rede mit den Worten: „Ich unterschreibe alles, was Minister gesagt hat.“

Die sozialdemokratischen Führer trieben in Wort und Schrift ihre Massen auf die Diktatur hin und tun dann verblüdet, wenn sich diese Diktatur als nichts anderes erweist, als eine Ansammlung von Terrorfällen, Unterdrückungen und Raubankfällen. Es wird ihnen nicht gelingen, diese Zustände von ihren Hochstößen abzuschütteln.

Die tatkräftige Hilfe.

Man hätte glauben sollen, daß nach dem Niederlagen des Rapp-Busch das Leben wieder in ruhigere Bahnen zurückginge. Welt gefehlt. Die rote Armee, ausgestattet durch linksradikale Führer hatte ein ganz anderes Ziel vor Augen, als nur die Vernichtung der an der Verfassung verräterischen Korps. Die gesamten, auch die treugebliebenen Regierungstruppen sollten ausgerieben und im Ruhrgebiet die Diktatur des Proletariats aufgerichtet werden. Dortmund, Bochum, Essen, Duisburg fielen den Rotgardisten in die Hände. Ruffen, Polen und Belgier „raten sich hervor“. Inzwischen lagbalgten sich in den Vollzugsräten die roten Herren, während der „gemeine Mann“ unentwegt requiriert. Das Bielefelder Abkommen, das unseren Kollegen bekannt ist, sollte dem Blutvergießen ein Ende machen. Die Bedingungen wurden von der roten Armee nicht gehalten, Wesel wurde weiter beschossen, die Bevölkerung seufzte unter der roten Gewalt.

Kein Wunder, daß das Ultimatum der Reichsregierung vom 23. März ein Aufatmen auslöste. Mit einer Frist bis zum 30. März, mittags 12 Uhr, wurde von General Watter die Auflösung der roten Kampftruppe verlangt. Und nun geschah das Ungewöhnliche, was nur wenige verbissene Befehlshaber für unmöglich hielten: Die Kommunisten lehnten das Ultimatum ab. Am Morgen des 30. März kam ein Anschlag heraus, der in den verheerendsten Ausdrücken zum Widerstand bis zum letzten aufforderte, die Parole Stegen oder Fallen ausgab, alle diktatorischen Maßnahmen verschärft und den Generalstreik proklamierte. Unterzeichnet war dieses Massenmorb-Manifest mit der Firma des Zentralrats, der sich inzwischen in Essen gebildet hatte, aber ohne Namen.

Woher hatten die roten Gewaltherren diese Courage geschöpft? Wie kam es, daß sie es wagten, sich selbst offen gegen die Regierung Ebert-Bauer auszusprechen? Des Rätsels Lösung liegt im Verhalten der drei sozialdemokratischen Parteien, des sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes und der Ufa, die sich schließend vor die Banditen stellten. Unerhörteres ist noch nicht dagewesen. Die sozialdemokratische Ultimatum-Ligue fällt der Regierung, die endlich bessere Zustände im Ruhrgebiet schaffen will, in den Arm und läßt dadurch das Industriegebiet eine Woche länger unter dem Druck von Spartakus leiden. Millionen über Millionen werden an Schäden angerichtet, die Bevölkerung hat keine Lebensmittel. Das führt die Herren in Berlin wenig. Parole: Nur ja nicht unseren lieben Brüdern von links, die „aus Idealismus“ kämpfen, ein Haar krümmen.

Die Presse berichtete darüber:

Die Vertreter des Gewerkschaftsbundes, der Ufa und der drei sozialistischen Parteien haben eine Sitzung abgehalten und beschlossen, folgendes Ultimatum an die Reichsregierung zu stellen: 1. Windende Zustimmung zu den Bielefelder Beschlüssen, 2. die über das Abkommen hinausgehenden militärischen Befehle und Maßnahmen aufzuheben, 3. General von Watter abzurufen und eine 48 stündige Frist für die Ausführung des Bielefelder Abkommens zuzugestehen. Mit diesem Ultimatum begab sich eine Delegation, bestehend aus Regien, Crispian, Dr. Paul Sebi, Eterroch und Gardt zum Reichskanzler. Es wurde der Reichsregierung mitgeteilt, daß, wenn die dem Ultimatum nicht nachgegeben wird, auch nur eine der Forderungen abgelehnt wird, sofort der Generalstreik von Berlin aus über das ganze Deutsche Reich erklärt wird.

Die Regierung wich zurück und es kam jenes elende Ministerische Produkt zustande, bei dem nur noch der Zusatz fehlte, daß die roten Helben zu „Ehrenbürgern“ im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ernannt würden. Um das Maß der Lächerlichkeit voll zu machen, erklärte Herr Regien unter dem beifälligen Schmunzeln seiner Kollegen von U. S. und aller Kommunisten im Lande: „Für den Volkswidrigkeit ist in Deutschland kein Boden“, und der Reichskanzler sprach das kühne Wort, daß man vor dem Volkswidrigkeit nicht bange sei.

Augenblicklich ist das Wuppertal der Herz und der beste Nährboden für Spartakus. Zwar peisen es die Spagen von den Dächern, daß das Wuppertal durch die Unsummen herumlungender Rotgardisten eine ständige Bedrohung für das Industriegebiet sei, zwar werden auch Ueberfälle großen Stils gemacht, aber die sozialdemokratischen Stadtverwaltungen in Ueberfeld-Barmen usw. bekunden — was wunderbar ruhig sei und daß man das — nicht an den —

Armee" nur so nicht antasten dürfe. Die Regierung aber sagt, daß sie vorläufig einmal zusehen werde.

Auffallen mußte es in den Tagen der roten Gewalttätigkeit, daß so viele sozialdemokratisch organisierte Metallarbeiter in den Reihen der roten Armee sich betätigten, oder ihr geheime Helfershelfer leisteten und zwar hatten sie es alle zu mehr oder weniger "herborgehenden" Posten gebracht. Quinckler, der sozialdemokratische Obmann von Rheinisch-Duisburg war geheimer Kurier der roten Armee. Der Duisburger Palm, ebenfalls Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, war sogar Kompanieführer einer roten Truppe und Lußmann hatte sich auch einen höheren Posten ergattert. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften und speziell der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hatten auch den besten Nährboden für die kommunistische Bewegung abgegeben, wie brauchen nur die Namen Behringer, Bletterlein, Cefohrt, Bungert zu erwähnen.

Ein "Bekanntnis" von großer Tragweite aber machte die sozialdemokratische Duisburger "Volkstimme" vom 6. April 20. "Kenner der Verhältnisse" sei es schon gleich am ersten Tage der Gewalttätigkeit auf, daß bekannte Mitglieder der kommunistischen Partei sich nirgends am Tumult beteiligten."

Wer hat sich denn da so stark betätigt? Die Mehrheitssozialisten Müller u. Schäffer bekennen in einer Unterredung: "Es sind unsere Leute, die an der Front kämpfen."

Die Sozialdemokratie hat die Schuld. Sie klagen wir an.

Ungeheure Summen sind vernichtet worden, Lebensmittel wurden verschleudert, gestohlen und die Bevölkerung leidet Not. Lebensmittel aber müssen herangeschafft werden, damit die Bevölkerung zu essen hat. Wenn in den anderen Gegenden Deutschlands Lebensmittelabzüge erfolgen, um einen Ausgleich herzustellen, so mag man sich bei der Sozialdemokratie bedanken, deren Anhänger das rheinisch-westfälische Industriegebiet chaotisch durcheinanderwerfen.

Wenn von Reichswegen die Tumultschäden ersetzt werden müssen, die in die Hunderte von Millionen gehen und wenn die Deute im Norden, Süden oder Osten einen weiteren Steuerzuschlag bekommen, so mögen sie sich bei der Sozialdemokratie bedanken, die unter ihrer Diktatur Millionenlaster im Industriegebiet vernichtete.

Deutschland kann nicht gedeihen unter der Diktatur einer Klasse, das haben die letzten Wochen gezeigt. Die sozialistische Idee bringt uns dem Abgrund näher. Herausarbeiten aus dem Elend, in dem wir uns befinden, können wir uns nur durch die christliche Gemeinshaftsidee, durch ein Versehen und Zusammenkommen aller Stände, wie es die christlichen Gewerkschaften vertreten und tun. Unsere Kollegen müssen unentwegt an der Durchdringung der Arbeitererschaft mit den christlichen Ideen wirken. Nur daher kommt der Aufstieg.

Wahrheitsliebe?

Die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung hat in der letzten Zeit eine etwas gar blutige Farbe angenommen. In einigen Artikeln sieht sie in ihrer Phantasie schon Bluthochzeiten und Bartholomäusnächte aufsteigen, fabelt von ungeheuren Morben, begangen am Proletariat usw. usw. Daß dabei etwas viel Rot auf die Leinwand kommt, nimmt bei der Mäzezeitung nicht weiter Wunder. Den letzten Stoß aber haben ihr die Aufrührerplakate im Ruhrgebiet gegeben. Da rücken die U. S. Herren mit schwerem Geschütz heran. Der Verwandtschaft gemäß schreibt der Regierungskorrespondent des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Weimann aus Düsseldorf in der U. S. "Freiheit" und berichtet haarsträubende Sachen von einer gewissen symbolischen Schlacht am Birkenbaum. Wahrscheinlich hat die Birke bei Dinslaken gestanden, wo besonders viel Rindvieh, Schweine und Mehl auf sehr reale Weise den Bauern "requiriert" wurden. Die Metallarbeiterzeitung aber macht es am besten. Sie läßt sich aus Berlin unter der Überschrift "Blutige Lehren" berichten, wie fürchterlich es im Ruhrgebiet zugegangen ist, wo man hunderte von Proletariern hinhördete. Der Mann in Berlin muß es ja unbedingt wissen. Denn erstens wissen die Berliner, besonders die U. S., überhaupt alles besser und zweitens liegt ja Berlin in nächster Nähe des Ruhrgebietes.

Wie sich die Metallarbeiterzeitung Berichte schreiben läßt, und wie sie an der systematischen Verhöhnung des Volkes arbeitet, dafür soll eine Gegenüberstellung mit der sozialdemokratischen Duisburger "Volkstimme" Zeugnis ablegen, die den Kampf durch vierzehn Tage miterlebte.

Unter der roten Diktatur!

III.

Die unter allen Lokalbüchern politisch dieser Gesellschaft am nächsten stehende sozialdemokratische "Rheinische Volkstimme" in Duisburg steigt in einem nach der Niedererschlagung des Aufrührers veröffentlichten Artikel: "Schandtat der Roten Garde" in Einzelheiten hinein:

Bücher sind notwendig, um die Diebstähle und Plünderungen des Duisburger Gesindel zu dokumentieren. In einer geradezu bestialischen Art, rücksichtslos gegen jedermann, unternahm die rote Garde ihre Streifzüge. Lastautomobile voll von neuen Anzügen wurden aus den Läden geholt, ganze Ladungen Schuhe bei den verdienstlichsten Kaufleuten nach rotgarbischer Art beschlagnahmt, Lebensmittelzüge ausgeplündert und Banken beraubt. Die kommenden Tage erst werden einen Überblick über den ungeheuren Wert des Schabens gestatten. Schon heute zweifeln wir bei einer verlässlichen Schätzung nicht daran, daß nahezu eine Milliarde an Ersparnissen der nach Hunderten zählenden Geschädigten erreicht wird. Jahre werden vergehen, bis das ausgeerntet ist, was ein organisiertes Verbrechertum der Stadt einbrachte. Borerst geben wir nur geringe Einzelheiten über die Wirklichkeit der Rauberpilgerzüge und Wild (die Duisburger Diktatoren. Ann. d. Schriftl.) wieder.

Zu Beginn der sogenannten Diktatur des Proletariats sollten zehn Automobile Lebensmittel zur "Front" geschafft werden. Zwei erreichten jedoch nur ihr Ziel, die andern wurden nach dem "Prinzip Wild" vertrieben.

Sozialb. Metallarbeiterzeitung vom 17. April.

Der Boden ist gut vorbereitet für den weißen Schrecken im Ruhrgebiet. Grenzkolon der roten Armee werden berichtet. Die Regierung wird mit Hilfe der Arbeitererschaft im übrigen Deutschland über den wahren Stand der Dinge unterrichtet ist, ist auch das kämpfende Proletariat im übrigen Deutschland niedergebunden. In Hunderten wird die Arbeitererschaft von einer wissbegierigen reaktionären Selbstesta hingemordet.

Es ist ein typisches Zeichen für die Metallarbeiterzeitung, daß sie jene Menschen verteidigt und als das Proletariat hinzustellen mag, die in einem von den Mehrheitssozialisten und der U. S. Partei in Duisburg herausgegebenen Flugblatt als "zusammengelassene Verbündeter" und "Hilfskräfte" bezeichnet werden, die "handlenartige Beschlagnahmen" und "räuberische Exzesse" vornahmen. Die U. S. Metallarbeiterzeitung wird wahrheitsgemäß in diesen Exzessen auch nur die "angenehmen Zustände der Diktatur des Proletariats" sehen, von denen ihr Couleurbroder und Stammesoberhaupt Crispin in der "Freiheit" schreibt. Im übrigen aber möchten wir nicht verfehlen, auf ein Wort des urradikalen Berliner Justizrats Broß hinzuweisen, der in einer U. S. Versammlung diesen Herren laut vorwarf: 12. April, folgenden markante Worte ins Stammbuch schrieb: "Es ist die Taktik der Rüge und des Verrates, die die U. S. P. immer befolgt hat" und der als Parole für die U. S. P. aufstellte: "Geraus aus dieser Verlogenheit." Was meint die U. S. Metallarbeiterzeitung zur Befolgung dieser Parole?

Der Kampf um die Arbeitszeit.

In dem Artikel der vorigen Nummer unter der gleichen Überschrift untersuchte Kollege Mauer die vielfachen Gründe, die auf die Verkürzung der Arbeitszeit mit Notwendigkeit hindeuteten, welche aus diesen Motiven und nicht erst durch die Revolution gekommen wäre. Im vorliegenden wird zur besseren Kenntnis der Sache zunächst die Vorgeschichte des Achtstundentages unseren Kollegen vor Augen geführt.

II.

Vorgeschichte des Achtstundentages.

Für eine kürzere Arbeitszeit in der im Werden begriffenen und schnell aufwärtsstrebenden Industrie Deutschlands trat schon in der 30- und 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts der Begründer der Innern Mission Wichern ein. In seinen Schriften wandte er sich scharf gegen die Selbstsucht der kapitalistischen Betriebsweise. Von ihm stammt auch das Wort "Hungerlöhne". Neben Wichern auf evangelischer Seite, setzte sich Bischof von Ketteler von katholischer Seite u. a. entschieden für eine kürzere Arbeitszeit ein. In seiner berühmten Predigt auf der Arbeiterversammlung in Offenbach entwickelte er bei einer Wallfahrt im Jahre 1869 vor 10 000 Arbeitern und Arbeiterinnen ein bedeutendes sozialpolitisches Programm. Zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage forderte er darin die Arbeitererschaft u. a. auf, gleich den englischen Arbeitern Gewerkschaften zu gründen, um durch den Weg der Selbsthilfe zu höheren Löhnen, zu einer kürzeren Arbeitszeit und zu entsprechenden Ruhezeiten zu kommen. Leider wurde dieses Programm bekanntlich nur zu spät und zu schwerfällig von der Arbeitererschaft befolgt.

Seitdem jedoch von diesem Zeitpunkt an die Arbeiterorganisationen in Deutschland langsam gebildet wurden, sind sie es nach ihrer stärkeren Ausbreitung einzig und allein gewesen, die neben der Aufbesserung der Löhne mit guten Erfolgen für eine kürzere Arbeitszeit eintraten. Durch zahllose wirtschaftliche Kämpfe konnten sie die Arbeitszeit für einzelne Betriebe, Industriegebiete oder für ganze Berufe sukzessive herabsetzen. Im besonderen wurden in den letzten Jahren gute Erfolge erzielt. So bestand vor Kriegsausbruch mit Ausnahme von ununterbrochenen Feuerbetrieben, vielfach die neunstündige, stellenweise schon die achtstündige Arbeitszeit. Anfänglich bereiteten jedoch dieser Entwicklung u. a. die Verhältnisse in den ununterbrochenen Betrieben der Schwerindustrie große Schwierigkeiten. Hier war eine Verkürzung der Arbeitszeit nur durch Einlegung weiterer Schritte möglich. Die Industrie hielt dieses durch den Arbeitermangel für unmöglich. Auch wurde die Konkurrenzfähigkeit des Weltmarktes dagegen ins Feld geführt. Bei der Arbeitererschaft selbst lag dabei die größte Teilnahmslosigkeit, ein unberühmter Stumpfzinn für die

Bestrebungen vor. Stellenweise hielten Arbeiter sogar selbst den Achtstundentag in der Schwerindustrie durch die gemachten Schwierigkeiten für undurchführbar. Die Organisationen sahen ein, daß diese bergehohen Widerstände nicht allein durch die Selbsthilfe ausgeräumt werden konnten. Sie erstrebten darum auch durch die Gesetzgebung, also durch die Hilfe des Staates, zu einer angemessenen Verkürzung der Arbeitszeit zu kommen. Die gemäßigtesten Bemühungen brachten die Frage jedoch kaum vom Fleck und zeitigten nur für Frauen-, Jugend- und Kinderarbeit greifbare Erfolge. Den Regierungstellen und der Leichtigkeit wurde jedoch durch das beigebrachte Material von den Arbeitszeitverbänden, besonders in der Metallindustrie, ein bezeichnendes Bild gegeben.

Eine Ironie und Frechheit zugleich ist es, daß man nun gerade jenen Gewerkschaftskreisen, die sich am ehesten und wohl auch am erfolgreichsten für eine kürzere Arbeitszeit, so bedingungsweise für die achtstündige Arbeitszeit einsetzten, ob ihrer Meinung zum jetzigen Zustand am Zeige zu flicken glaubt. So läuft diese schonungslose Hege darauf hinaus, den Einbruch zu erwecken, als wenn auch unser Verbandsvorsitzender, Kollege Wieber, der Metallarbeitererschaft den Achtstundentag nicht schme, oder für seine Abwägung wäre. Wie der Kollege Wieber und mit ihm unser christlicher Metallarbeiterverband auf dieser Frage steht, das geht am besten aus dem Nachstehenden und aus ihren einzig dastehenden Leistungen zu der Frage hervor.

Schon im Jahre 1904 auf der 3. Generalversammlung in Offenbach forderte der christliche Metallarbeiterverband als erster von den drei Metallarbeiterverbänden und zwar obgleich er der jüngste von ihnen war, durch reichsgesetzliche Regelung die achtstündige Arbeitszeit für die Feuerbetriebe, sowie auch für die Beschäftigten in den gesundheitsgefährlichen chemischen Betrieben. Im übrigen sprach sich die Generalversammlung dahingehend aus, die Dauer der Arbeitszeit nach Verufen anzustreben und durch Tarifverträge, in welchen auch die Löhne entsprechende Berücksichtigung finden müßten, festzulegen. Im Frühjahr 1906 wie im Frühjahr 1907 wurden auf Veranlassung unseres Verbandes große parlamentarische Aktionen betreffend Durchführung der Offenbacher Beschlüsse unternommen. Im Herbst 1907 beschloß sich eine besondere Feuerarbeiter-Konferenz unseres Verbandes mit derselben Frage. Auch der zweite deutsche Arbeiterkongress nahm die Forderungen unseres Verbandes auf und stellte sich auf den Boden derselben. Ende 1907 wandte sich unser Verband erneut mit einer ausführlich begründeten Eingabe an den Reichstag. Zu Beginn des Jahres 1908 kamen dann endlich die ersten Schritte der Regierung. Ihnen folgten die bekannten unzulänglichen Bundesratsverordnungen. Auch dann bemühte sich unser Verband weiter um die volle Durchführung unserer Forderung. Doch leider verblieb es nur bei den kleineren "Abschlagszahlungen". All diese kampfhaften Bemühungen wurden natürlich von unserem Vorsitzenden, dem Kollegen Wieber, ausgeführt und geleitet. Im Jahre 1909 gab er in einem stattlichen Buch "Der Arbeiterschutz in der gesundheitsgefährlichen und schweren Industrie" auch der breitesten Öffentlichkeit das gesammelte Material bekannt. Ferner erstattete Kollege Wieber im Jahre 1912 einen eingehenden Bericht an die "Internationale Vereinigung für gesetzliche Arbeiterschutz" über "Die Arbeitszeit in den ununterbrochenen Betrieben der Großindustrie", der auch als Druckchrift verbreitet wurde. Die Reden und Schriften des Kollegen Wieber fanden überall in der Öffentlichkeit und bei Behörden die größte Beachtung. Daneben wurde in der Presse, in Tausenden von Versammlungen, Schriften und Flugblättern andauernd gearbeitet, um die Arbeitererschaft selbst über ihre trostlose Lage aufzuklären. Der Kardinalpunkt der ganzen Tätigkeit war die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erreichung des achtstündigen Arbeitstages; wenigstens für jene, die diesen am notwendigsten hatten. Und als im Jahre 1913 der Schreiber dieses dem Kollegen Wieber berichtete, daß in einem modern eingerichteten, rational arbeitenden Weißblechwerk mit Warmwalzbetrieb die dreifache Schicht mit je achtstündiger Arbeitszeit eingeführt sei, da war Kollege Wieber sofort im Wilde und sagte: "Für diese Arbeiten ist eigentlich noch die sechsstündige Schicht zu lang." Diese wurde inzwischen auch eingelegt. Aus alledem geht hervor, wie büßwillig und ungerecht die gegen unsern Verbandsvorsitzenden erhobene Anschuldigung ist. Daß auch die anderen Metallarbeiterverbände mehr oder weniger nach uns diese Forderungen erhoben haben und dafür eintraten, sei nur nebenher erwähnt. Aus den Darlegungen geht hervor, daß von der gewerkschaftlichen Organisation aus die ersten und besten Wurzeln für eine kürzere Arbeitszeit, ja für den Achtstundentag gelegt wurden, und daß diese Bestrebungen schon gute Früchte zeitigten, ehe in Deutschland ernsthaft an eine Revolution gedacht wurde.

Die Konfektionsgeschäfte wurden insbesondere heimgeucht. Der Inhaber der Firma Fiedler u. Cie., der wirklich preiswerte Ware zum Verkauf anbot und in weiten Kreisen der Arbeitererschaft bekannt ist, wurde durch das Plündern der Warenbestände vollständig ruiniert.

Das große Warenlager von Cohen und Epstein wurde in der vergangenen Nacht vollständig ausgeplündert. Auch die Firma Alberg wurde stark heimgeucht. Das Geschäftshaus Nettlage wurde um eine Million Mark geschädigt.

Die Automobilfabrik Hohlmann erlitt durch das Epishuben-gesindel einen Schaden von mehreren hunderttausend Mark. Im Schuhwarenhaus Koppmann wurden die städtischen Schuhwaren für Kinderbewirtelung "beschlagnahmt".

Der Holzgarbist Brinmann hat zu Beginn der "glorreichen Zeit" drei Automobile zum Preise von 236 000 Mark nach Holland verschoben.

In den verschiedensten Zigarrenläden wurden insgesamt für 300 300 Mark Zigaretten beschlagnahmt, die den Fronttruppen zur Verfügung gestellt werden sollten. Das angeborene Epishubenwesen der "Roten Garde" aber vermochte es, daß die auf dem Rathaus befindlichen Zigaretten innerhalb zwei Stunden spurlos verschwinden waren. Und das nannten die Gauner Kommunismus!

Als Kriminalist fungierte ein Mann, der wegen Straßenraub bereits mit zwei Jahren Zuchthaus verurteilt war.

So berichtet eine sozialdemokratische Zeitung! Als die Annäherung der sozialistischen Diktatoren so weit ging, den Oberbürgermeister und mehrere andere Mitglieder der Stab-

verwaltung zu verhaften, traten sämtliche städtische Beamte in den Streik. Ihnen folgten bald die staatlichen Beamten und die Eisenbahner, die den Streik in einem Flugblatt begründeten, das ebenfalls interessante Einzelheiten wiedergibt:

Der Dienststellenortsteher von Walsum wurde abgesetzt und die Stationskasse beschlagnahmt.

In Duisburg wurden vom Exekutivkomitee am Montag nachmittags 800 000 M., die für die Entlohnung der Eisenbahner bestimmt waren, auf dem Wege zur Güterabfertigung beschlagnahmt. Erst später wurde dieser Betrag wieder freigegeben.

Der Arbeiterrat und der Arbeiter-Beirat bei der Direktion Essen wurden ihres Amtes enthoben.

In Oberhausen-West wurden am Montag fortwährend die Züge beschossen und zum Halten gebracht. Züge, die trotz der Einfahrtssignale weiter fuhren, wurden durch andere Lokomotiven überholt, von welcher dann durch Schieber die Züge zum Halten gebracht wurden.

Im Bahnhof Duisburg-Beck befinden sich Beschlagnahme-Kommissionen der roten Armee, die überwiegend aus Russen zusammengesetzt sind.

Am Montag wurde dort ein Waggon Eier beschlagnahmt und konnte ebenfalls einwandfrei festgestellt werden, daß alle Posten ihre Taschen und Taschentücher vorerst füllten und dann abmarschierten.

In Weddau wurden 4 Waggon Cognac beschlagnahmt, bei der Gepäckabfertigung Duisburg 17 Autoschläuche und 4 Pakete sonstige Schläuche.

(Schluß folgt.)

Auch der sozialdemokratischen Agitation für den Achtstundentag gehörte Wasser in den Wein gegossen zu werden. Bei den Begründern der Sozialdemokratie ist die generelle Forderung des achtstündigen Arbeitstages überhaupt nicht zu finden. Sie waren sogar, wie K. Marx und F. Engels, ursprünglich Gegner eines gesetzlichen Normalarbeitstages. Marx verlangte nur einen „Normalarbeitsstag“ über dessen Dauer der Kampf zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern entscheiden würde. Auch unter den zehn Forderungen des kommunistischen Manifestes (1848), die für die fortgeschrittensten Länder aufgestellt waren, beschäftigte sich keine mit der Arbeitszeit. Das sozialdemokratische Eisenacher Programm (1869) enthält zwar die Forderung eines Normalarbeitstages, sagt aber nicht, was darunter zu verstehen sei. Kämpfe um die Arbeitszeit im Londoner Baugewerbe (1853), der Metallarbeiter in Amerika (1850) und im Baugewerbe in Australien (1856) führten dazu, daß nach dem in England 1873 der Feinstwebentag für Arbeiter in Fabriken bestanden war, erst der Kongress der internationalen Sozialdemokratie zu Genf im Jahre 1889 die Forderung des gesetzlich festzusetzenden achtstündigen Normalarbeitstages proklamierte. Je am 1. Mai sollten die Arbeiter für seine Einführung demonstrieren. (Einen sehr kläglichen Verlauf die Maßnahmen genommen haben, welche Kämpfe darüber allein im sozialdemokratischen Lager stattfanden, wie die Maßnahmen in Deutschland nicht ernst genommen wurden und keinerlei Erfolge brachten, das dürfte bekannt sein und kann hier nicht näher darauf eingegangen werden.) Seit 1891 stand an der Spitze des Erfurter Programms die Forderung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages. Von da ab wurde, insbesondere von Bebel kräftig gestützt, der achtstündige Arbeitstag ein Schlagwort der gesamten Sozialdemokratie und wohl auch ihr zugkräftigstes Agitationsmittel. Die Gleichmüdigkeit mußte schon damals in manchem ihrer Agitationskämpfe. So ist Schreiber dieses noch aus jungen Jahren geläufig, wie einer ihrer Versammlungsredner acht Stunden Arbeit, acht Stunden Genuß, acht Stunden Ruhe, acht Mark Lohn die Schicht und dergleichen für die Arbeiterkraft als Forderung aufstellte. Der Redner wurde — was bei den damaligen Verhältnissen nicht selten war — als „Bauernfänger“ jedoch gründlich verächtet und abgetan. In der Sache an und für sich wurde auch durch diese Bestrebungen rein nichts erreicht, denn der Achtstundentag kam nicht, wohl aller Proklamationen und Demonstrationen.

Solidarisierung.

Die Frage der Sozialisierung oder Solidarisierung nimmt im deutschen Wirtschaftsleben einen immer größeren Umfang an, weil wir daran sind, unsere Wirtschaft auf eine breitere soziale Basis zu stellen. Redete man bis jetzt von Sozialisierung, so dachte man an Bergwerke, Elektrizitätswerke, aber auch an industrielle Unternehmungen, also des produktiven Kapitals. An die Sozialisierung des Leihkapitals, des Bankkapitals hat man bis jetzt auch wegen der Schwierigkeit der Frage weniger gedacht. In den nachstehenden Artikeln untersuchen wir ein der Industrie nahestehender Bankfachmann die Frage der Solidarisierung des Bankkapitals im Verhältnis zur Solidarisierung der Industrie.

Die Ausführungen des Freiherrn v. Soden im Juni- und Juliheft der Deutschen Arbeit über „Sozialisierung“ veranlassen auch mich zu einem Beitrag zur Aufdeckung der tieferen Ursachen dieser Bestrebungen. Nach meiner Ueberzeugung ist die Auffassung richtig, daß die brennende soziale Frage ihren unmittelbaren Krankheitsherd auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens hat; dieser muß beseitigt werden, wenn den kulturellen Bestrebungen, an seiner Spitze den christlichen Ideen, der Weg in die Gemüter des Volkes freigemacht werden soll. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, sei gleich an dieser Stelle erwähnt, daß echtes Christentum in den führenden Kreisen ausgereicht hätte, um soziale Krankheitsherde in dem Umfange gar nicht erst entstehen zu lassen; dieses echte Christentum fehlt aber vielfach gerade in den wirtschaftlich maßgebenden Kreisen, so daß der Machtpolitik des Mammonismus eine Art Christentumerschlag mehr oder weniger samt aufgedrängt werden muß, und zwar überall da, wo die Grundrechte der Menschheit in Gefahr geraten sind.

Erst leben, dann philosophieren gilt für niemanden so sehr, als für den Besessenen, dem die nordenaufreibende Sorge um das tägliche Brot für seine Familie leicht den Sinn für alle Lehren von einem besseren Jenseits verhärtet. Werden die wirtschaftlichen Verhältnisse trübseliger, dann wird die Schar der geduldeten Idealisten kleiner und der Ansturm der Jünger roher Gewalt führt unweigerlich zum Bolschewismus. Die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen es deutlich; dieselben Erfahrungen beweisen aber auch, daß die Anarchie im Gefolge des Bolschewismus gerade dem Wirtschaftsleben den letzten Rest geben muß. Dies bedeutet mit dürren Worten den Hungertod für Millionen Volksgenossen. Bei alledem hat aber der Bolschewismus seine volle Fruchtbarkeit noch nicht entfaltet, an ihm ruht nicht, dies würde noch graufiger gesehen, wenn er über all herrschend wäre und seine Führer keinerlei Rücksicht mehr auf die mögliche Einmischung nichtbolschewistischer Staaten zu nehmen hätten.

Das Anwachsen kultur- und wirtschaftsfeindlicher Ideen deutet jedoch auf alle Fälle auf eine soziale Erkrankung der modernen Völker, besonders auch Deutschlands hin, wo wiederum die Verschärfung der wirtschaftlichen Not durch den verlorenen Krieg den sozialen Krankheitsprozeß beschleunigt hat.

Der Heilung jeder Krankheit muß das richtige Erkennen vorausgehen, die Diagnose, wie der Arzt sagt; denn wenn man Diphtheritis mit dem Mittel eines Darmkatharsis behandelt, muß die Gefahr des Ersticken mit Riesenschritten näher kommen.

In dieser falschen Behandlung befindet sich das deutsche Wirtschaftsleben.

Dabei ist aber die Diagnose längst richtig gestellt worden, ohne daß die maßgebenden Kreise oben und unten dieselbe anerkennen wollen.

Wie lautet die Diagnose? —

Freiherr v. Vogelsang, neben Bischof v. Ketteler wohl der bedeutendste Görreschüler, sagt: „Die Zinsfrage ist der Kardinalpunkt der sozialen Reform.“

Trifft dies zu, dann muß das Messer des Operateurs da angelegt werden, wo die Zinsfrage ihre Wurzeln hat, nämlich bei unserm modernen Kreditwesen. Derjenige, der keinen Beiß hat, beziehungsweise von der Hand in den Mund lebt, wird hier vielleicht fragen, was geht mich der Kredit an?

Als Antwort will ich Philippovich anführen (Grundriss der Politischen Ökonomie, Band I, Einkommen und Güterverbrauch, S. 363), er sagt: „Die Hauptnachfrage nach dem Kapital als Substitutionsmittel (Mittel für Lebensmittelerhalt) geht von den Arbeitern aus. Da diese nicht in der Lage sind, ihre Arbeitskraft selbständig, auf eigene Rechnung zu verwerthen, sind sie immer bereit, ihre Arbeitskraft zu einem Preise zu veräußern, der geringer ist, als der Wertanteil an den Produktionswerten, der auf die Mitwirkung der Arbeitskraft zurückzuführen ist.“

Mit andern Worten, je heikloser einer ist, um so dringender benötigt er schon zur Beschaffung des täglichen Brotes Kredit durch irgend einen Arbeitgeber. Um so interessierter muß er aber auch sein, daß ihm und seinem in der Regel auch kreditbedürftigen Arbeitgeber diese Mittel unter nicht zu drückenden Bedingungen gewährt werden, nicht unter Bedingungen, die dem Kreditgeber den Löwenanteil an der Arbeit zuschieben, also in einem Maße, das in keinem Verhältnis steht zu seiner geringen Mähe.

Interesse an einer wirtschaftlichen Hebung der kleinen Leute hat die Allgemeinheit, die ganze Volkswirtschaft. Der einzelne Geldgeber unter dem engen Gesichtswinkel seines unmittelbaren Nutzens hat meist genau entgegengesetzte Ziele. Leider hat das Sprichwort Recht, daß beim Gelde die Gemütskraft aufhört, daß ständige Gesichtspunkte ganz ausgeklammert sind und die nackte Selbstsucht des Mammons ihre Machtpolitik entfaltet.

Sammelpunkt und Organisationsform des Leihkapitals sind die Banken. Hier wuchert auch das Kraut der Zinsen und Proportionen. Bei der heutigen Wirtschaftsgesellschaft, wo auch die Banken wiederum Zinsen zahlen müssen, läßt sich die Zinsfrage natürlich nicht ohne weiteres einseitig aus der Welt schaffen. Anders würde dies werden, wenn man durch eine Solidarisierung gerade der Bankinstitute die Voraussetzung schaffen würde für eine gemeinwirtschaftliche Orientierung des Kredits. Hier ist der Sitz der sozialen Krankheit, wenigstens soweit sie wirtschaftlicher Natur ist, hier muß die Operation zur Beseitigung der Krankheitskeime erfolgen.

Die Befürdungen der Arbeiter in die Augen tretenden und durch Karl Marx in ein falsches Licht gesetzten Produktionsmittel (Bergwerke und Fabriken) kommen bei richtigem Erfassen der Sachlage weit in den Hintergrund. Die gewaltigen Zusammenballungen des Leihkapitals in den Banken und ihre im Verhältnis zur Industrie leichte Ueberfälligkeit kommen dagegen einer Solidarisierung auf halbem Wege entgegen.

Wir haben auch bereits in der Reichsbank ein müttergütiges Bankinstitut mit gemeinwirtschaftlicher Arbeitsrichtung und Spitze hier ist das Kapital auch von privater Seite aufgebracht, aber das Reich hat die Leitung und Aufsicht. An der Spitze der Bank selbst stehen Fachleute, aber die letzten Entscheidungen trifft das Bankratatorium bestehend aus dem Reichsfinanzminister und vier anderen Mitgliedern, die die Bundesstaaten ernennen. Dabei haben die Kapitalisten (Anteilhaber) durch ihren Ausschuß in alles Einbild und werden gutdächlicher gehört, als ihre Erfahrung vermerkt. Ihre Dividende ist begrenzt, in der Regel fällt dem Reich der Hauptgewinn zu; sie erhalten nämlich 3 1/2 % und von dem übrigen Gewinn 1/4 und das Reich 3/4.

Die Organisation der Reichsbank hat sogar den wirtschaftlich so vorgeschrittenen vereinigten Staaten von Nordamerika als Muster gebiert bei ihrer Reform des Notenbankwesens.

Natürlich soll hiermit nicht gesagt sein, daß unser ganzes Bankwesen in die Schablone der Reichsbank zu pressen wäre. Doch darüber später.

Auf industriellem Gebiete haben wir keine Unternehmen mit staatlichem Einflusse, die auch nur annähernd so müttergütig gearbeitet hätten, wenn wir von den Verkehrsunternehmungen (Eisenbahn und Post) absehen. Dies liegt zum großen Teil daran, daß hier der Staat ohne die Hilfe interessierter privater Kreise als Produzent aufgetreten ist. Es hat sich hierbei klar ergeben, daß die Industrie mit ihrer Aufzucht jahrzehntelanger Sondererfahrung vom Leiter bis zu dem letzten Arbeiter herab ihrer ganzen Natur nach eine Verstaatlichung viel weniger verträglich als das Finanzwesen. Wer überhaupt unter Sozialisierung schlechthin Verstaatlichung der Produktionsmittel versteht, arbeitet nicht für den Fortschritt. Auch das verhältnismäßig noch gesunde Eisenbahnwesen bis 1914 hat aus Mangel einer kaufmännischen Selbstkostenrechnung und Mangel an Kapitalreserven durch die Revolutionserlösbildung wirtschaftlich ganz anders gelitten als z. B. gut geleitete Privatunternehmen. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, daß durch die amerikanischen Bahnen, die sich in Händen von Privatunternehmen befinden, den Reichsbahn mehr geboten wird, als durch die staatlichen deutschen Bahnen.

Wenn man trotzdem dazu übergegangen ist, das gesamte deutsche Eisenbahnwesen in die Hände des Reichs überzuführen, sind hierfür sicher eine ganze Reihe politischer Gründe ausschlaggebend gewesen.

Die Sozialdemokratie mit ihrer Sozialisierung der Produktionsmittel im Sinne von Karl Marx und Auberachtlassung der Finanzinstitute hat den Angelpunkt der sozialen Frage vollkommen verkannt. Sein Lehrsatz, daß Arbeit allein die Quelle aller Werte sei, ist falsch. Arbeit kann nur Güter produzieren mit Hilfe des produktiven Kapitals. Dies hängt aber unter den heutigen Verhältnissen größtenteils von der Kreditgewährung durch das Finanzkapital an den Unternehmer ab. Das Finanzkapital ist also letzten Endes Beherrscher des produktiven Kapitals und der in seinen Diensten stehenden Menschen.

Die Sozialdemokratie bekämpft das produktive Kapital in den Händen des Unternehmers; sie verteidigt unter dem von ihr geschaffenen Klassenkampf praktisch genommen denjenigen zwischen Unternehmer und Arbeiter bzw. Arbeitnehmer. Auf diese Art schafft sie störende Uneinigkeit zwischen beiden unter vollständiger Verkennung der Interessengemeinschaft, die größer ist als die Interessengegensätze. Heute schon macht das Finanzkapital das 15- bis 20fache des noch freien produktiven Kapitals aus und ist im steten Vordringen begriffen, was sich bei der Art unserer Wirtschaft, wie später gezeigt werden soll, ganz selbsttätig vollziehen muß. Wird dieser Prozeß durch den offenen Angriff der Sozialdemokratie und den geheimen des Finanzkapitals gegen das noch freie Produktivkapital beschleunigt, so wird das soziale Gleich nicht besser, sondern immer schlimmer; denn die Machtpolitik des Mammons macht auch vor den Grundrechten der heiligsten Menschheit nicht halt. Die Folge muß der Kampf aller gegen alle werden. Ein Beweis hierfür ist das ständige Vordringen des Bolschewismus, dem nachweislich immer mehr Glieder aus den Reihen der Sozialdemokratie zufließen.

Weite Kreise sind der Ansicht, einer Solidarisierung der Wirtschaft müßte eine solche der Geister vorangehen. Ein Realpolitiker wird hierauf nicht warten, weil heute ein großer Teil der Menschheit vom stiftlichen Sozialismus, dem der Köpfe und Herzen weiter entfernt ist, als je. Die Sozialdemokratie mit ihrer materialistischen Wirtschaftsauffassung, derselben, der auch das Finanzkapital meist huldbig, hat das Uebel so verschärft, daß unbedingt und ohne Zeitverlust eine Solidarisierung von außen einsehen muß. Der Zeitpunkt der Inangriffnahme ist sehr brennend geworden, da die wirtschaftlichen Verhältnisse nahezu an die Grenze des Erträglichsten gelangt sind.

Nach den bisherigen Ausführungen muß die Solidarisierung bei dem Finanzkapital anfangen. Um dies zu begründen, ist es erforderlich, Wesen und Art des Kapitals genauer zu zergliedern. Wir können hier von allen spitzfindigen Unterscheidungen absehen, da diese die Begriffe nur verwirren; denn es gibt in Wirklichkeit nur zwei Arten von Kapital, nämlich das produktive, Früchte tragende (Maschinen, Werkzeuge, Apparate) und das an sich unfruchtbare Finanzkapital, auch Leihkapital genannt, das sich auch mit dem Begriff „Geld“ deckt. Obwohl nicht streng volkswirtschaftlich, kann man in diesem Zusammenhang auch Grund und Boden dem Produktivkapital beizurechnen, da ja auch dieser unter dem Pfluge des Bauern Früchte trägt und da ferner auch die Betriebsmittel der Industrie ohne Grund und Boden keine Tätigkeit entfalten

können. Geld, Leihkapital, ist demgegenüber nur eine Umwandlung auf vorhandene Waren und kann diese nicht erzeugen. Steigt die Menge des Geldes bei gleichbleibender Warenmenge, d. h. arbeitet die Notwendigkeit fleißig, dann werden die Waren einfach leichter, entsprechend Angebot und Nachfrage und noch verschärft durch Spekulationen. Sind mehr Waren als Geld da, z. B. bei Ueberproduktion, so wird eine größere Warenmenge auf den einzelnen Geldschein entfallen und die Ware oft lärmlich im Preise sinken. In jedem Falle ist aber Geld selbst ohne Gebrauchswert, ist nur Tauschmittel mit unnatürlich und künstlich festgelegter Fruchtbarkeit im Zins.

Fortsetzung folgt.

Bezirkslohnabkommen für die chemische Industrie, Sektion 4b.

Der sozialdemokratische Fabrikarbeiterverband Deutschlands vertritt in dem Tarifgebiet 4b der chemischen Industrie ein Flugblattchen, unterzeichnet vom Gauleiter Wahlert. Dasselbe ist inhaltlich und stilistisch so bedeutungslos, daß es sich im allgemeinen erübrigt, auf dasselbe einzugehen. Die Tendenz des Schriftstellers ist aber auch hier, wie bei allen sozialdemokratischen Gewerkschaftsflugblättern, den verhassten Christlichen in diesem Falle, dem Christlichen Metallarbeiterverband, eins auszuwischen. Sie können aber nicht aus ihrer Haut. Das Maulheldentum ist ihnen zur zweiten Natur geworden und die Verbächtigung christlicher Führer gehört ja seit jeher zum eiferney Bestand ihrer Agitations- bzw. Verheugungsmethode.

Genanntes Flugblatt erzählt nun seinen auffordernden Schlußteil, daß die Unternehmer sich kränkelten, die von ihnen geforderten Löhne zu zahlen, mit der Begründung, die Löhne der chemischen Industrie müßten mit den Löhnen der Metallindustrie gleichen Schritt halten und dann heißt es wörtlich weiter: „Die gleiche Auffassung, daß die Metallarbeiterlöhne grundsätzlich sein sollten für die chemische Industrie, vertrat in einer Sitzung auch der Angestellte des christlichen Metallarbeiterverbandes in Ditzburg, Herr Rabberg. Der Verbandsangestellte des christlichen Metallarbeiterverbandes, Rabberg, stellt sich somit schärfend vor den Geldsücker der chemischen Industriellen und erschwert den chemischen Arbeitern den Kampf um den gerechten Lohn.“ Daß Du die Nase ins Gesicht behälst! Was weiß Kollege Rabberg die Auffassung vertreten haben soll, daß die Löhne der chemischen Arbeiter gleichen Schritt halten müßten mit den Löhnen der Metallarbeiter, dadurch stellt er sich schärfend vor den Geldsücker der Unternehmer. Soviel Worte, soviel Verdröhnungen. Nach den Ausführungen des Flugblattschreibers Wahlert hört es sich an, als wenn die Arbeitgeber diese Ausführungen während der Lohnverhandlungen gemacht hätten und Rabberg dem zugestimmt hätte. Aber wie liegt die Sache in Wirklichkeit. Am 25. März fand in Essen eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der chemischen Industrie statt, in der über die Festsetzung der Löhne für den Monat März verhandelt werden sollte. In dieser Sitzung gingen die Anwälte der beiden Korporationen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer auseinander, ob ein fester Lohnsatz für den abgelaufenen Monat festgelegt, oder ob ein Vorbehalt gezahlt werden sollte. Als die Arbeitgeber abgetreten waren, berieten die Arbeitnehmer unter sich weiter. Da stellte Rabberg die Behauptung auf, daß sich die Kollegen nur keinen Millionen hingeben müßten in betreff der Lohnhöhe. Im allgemeinen würde doch das herkommen, was von den einzelnen Orten, von den führenden Industriellen geglaubt würde. Damit müßten sich auch die christlichen Arbeiter abfinden, die doch bis vor einem Jahr bedeutend weniger verdient hätten, wie alle übrigen Arbeiterkategorien. Daß die Löhne der chemischen Arbeiter heute auf der gleichen Höhe ständen wie beispielsweise die Metallarbeiter, sei schon ein gewaltiger Fortschritt und viel höher würden die Unternehmer auch nicht zahlen. Die Erfahrung hat dem Kollegen Rabberg auch hier Recht gegeben. Die bisher abgeschlossenen Tarife der wegen sich alle auf der fast gleichen Höhe in allen Industrien über der Zweck der Wahlertischen Sache war doch der zu sagen: Seht die christliche Gewerkschaft. Arm in Arm mit den Unternehmern. Die Verbortheit eines Wahlert ging bei den Verhandlungen so weit, wenn und weil Vorschläge von den christlichen kommen, sie von ihm gar nicht beachtet wurden. Die christlichen Gewerkschaften werden sich aber durch einen Herrn Wahlert nicht abhalten lassen, vernünftige Grundätze zu vertreten und den Arbeitern zu sagen, was recht ist.

Herr Wahlert, dem ein Zusammenarbeiten mit den Handwerkerverbänden speziell mit dem christlichen Metallarbeiterverband gegen den Strich geht, zeigt dieses auch bei jeder Verhandlung: Beispielsweise erklärte er in der Verhandlung am 5. März kategorisch, bei dem Tarif der chemischen Industrie haben die Metallarbeiter nichts zu sagen, er habe dieselben nicht eingeladen und würde dieselben auch nicht einladen. Da müßten wir hier aber an dieser Stelle erklären, daß besonders wo es sich um Kollegen handelt, sich dieselben ganz energisch verbitten werden, sich vom Fabrikarbeiterverband vertreten zu lassen. Aus dem Grunde wurde vom Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes der Antrag gestellt, den Tarif in Zukunft zu unterschreiben. Dieser Antrag konnte nicht umgangen werden und wurde beschlossen, dem Antrag statt zu geben. Im neuen Tarif unterschreiben also die Metallarbeiterorganisationen mit und zwar für die Handwerker. Die neuen Tariflöhne haben wir bereits in Nr. 17 mitgeteilt.

B. D.

Bezirkslohnabkommen

zum Reichstarifvertrag für die chemische Industrie für das Gebiet der Sektion 4b.

Zwischen dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, Sektion 4b, (Sitz Essen) einerseits und den in Betracht kommenden Arbeitnehmerverbänden vertreten durch die unterzeichneten Gewerkschaften andererseits wurde gemäß § 4 des Reichstarifvertrages für die chemische Industrie nachstehendes Bezirkslohnabkommen vereinbart.

§ 1.

Das Lohnabkommen hat Gültigkeit für alle dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, Sektion 4b, angeschlossene Betriebe einerseits und für alle in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen andererseits.

Ausgenommen von diesem Abkommen sind die Betriebe der Seifenindustrie und der Delmühlen.

§ 2.

Innerhalb des Sektionsbezirks werden vier Ortslohnklassen gebildet. Bei der Zuteilung der einzelnen Betriebe in die jeweilige Lohnklasse sollen neben der Einwohnerzahl des betreffenden Ortes auch seine besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt werden.

§ 3.

Die Einordnung der einzelnen Betriebe in die betreffende Ortsklasse erfolgt erstmalig durch Vereinbarung zwischen der Betriebsleitung und der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterkraft. Kommt in einzelnen Fällen eine Vereinbarung nicht zustande, so entscheiden darüber die im § 14 des Reichstarifvertrages vorgesehenen Schlichtungsinstanzen.

§ 4.

Die Arbeiterkraft wird in drei Hauptgruppen eingeteilt und zwar: 1. Betriebsarbeiter; 2. Hilfs- und Maschinenarbeiter;

3. Handwerker.

Angelernte Arbeiter: Silbschlosser, Silbschreiber, Hobler, Fräser, Weizer, Stöher, Maschinisten, Zuschläger, Bauhilfsarbeiter usw. erhalten den Lohn der Betriebsarbeiter.

Arbeiterinnen in chemischen Betrieben erhalten 70 Prozent der betreffenden Betriebsarbeiterlöhne. Maschinenbetrieblöhne 70 Prozent der betreffenden Silbschlosserlöhne, Arbeiterinnen in Baderei- und Abfallbetrieben 60 Prozent der betreffenden Silbschlosserlöhne.

Beilöhner erhalten die Handwerkerlöhne in der betreffenden Altersklasse zusätzlich einer besonderen Zulage von 35 Pf. für jede geleistete Beilöhner-Arbeitsstunde. Beilöhnerleistungen werden wie Handwerkerleistungen entlohnt.

Ueber die Festsetzung der Löhne innerhalb der vorgesehenen Spannungen entscheidet unter Berücksichtigung der Beschäftigungsart jeweils die Betriebsleitung in Verbindung mit der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft.

Die Eingliederung in die höhere Altersstufe erfolgt von dem Geburtsstag folgenden Lohnperiode ab.

Mit dieser Neuregelung der Tarifstundenzulage fallen alle bisher gezahlten Zeitzulagen fort. In diesen Tarifstufen bzw. im Kinderlohn ist die Brot- und Kartoffelzulage einbezogen, deren Zahlung mit dem 1. März 1920 wegfällt.

Neben den Tariflöhnen wird ein Kinderlohn für jedes erwerbsunfähige Kind unter 14 Jahren, für jede nicht schulpflichtige verheiratete Arbeiterin ab 1. März 1920 gewährt und zwar für: Ortsklasse 1 1.- M., Ortsklasse 2 1.- M., Ortsklasse 3 0.90 M., Ortsklasse 4 0.80 M.

§ 6.

Vorarbeiter und Gruppenführer erhalten 10 Prozent Zulage zu dem Stundenlohn der Arbeitergruppe, der sie vorstehen. Die Betriebsleitung bestimmt, welche Arbeiter als Vorarbeiter und Aufsichtspersonen zu gelten haben.

§ 7.

Affordbarkeit ist an sich nach Maßgabe des § 8 des Reichsarbeitsgesetzes der chemischen Industrie anlässlich der Löhne der Affordbarkeit sind so einzurichten, daß bei normaler Leistung ein Mehrerwerb von mindestens 15 Prozent über vorstehende Lohnsätze erreicht werden kann.

§ 8.

Allen Arbeitern, die mit Säure arbeiten, oder andere Arbeiten verrichten, welche einen übermäßigen Verschleiß der Kleidung verursachen, wird seitens der Betriebsleitung Kleidung gestellt. Diese Zulage kann jedoch durch freie Vereinbarung zwischen Betriebsleitung und der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft gänzlich abgelehnt werden. Ueber den Begriff der in Frage stehenden Arbeiten entscheidet jeweils die Betriebsleitung in Verbindung mit der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft des Betriebes.

§ 9.

Massen Betriebsarbeiter aus betrieblichen Gründen vorübergehend andere Arbeiten verrichten, für welche ein niedrigerer Lohn festgesetzt ist, so erhalten sie ihren bisherigen Lohn weiter.

§ 10.

Dieses Abkommen tritt mit dem 1. April 1920 in Kraft. Es gilt zunächst unauflösbar bis 30. Juni 1920. Von diesem Zeitpunkt ab kann es mittels eingeschriebenen Briefes mit einmonatlicher Kündigungsfrist zum Monatschluß gekündigt werden, also erstmalig am 1. Juli 1920 zum 31. Juli 1920. Die Lohnordnung (§ 5, Abs. 1), kann unabhängig hiervon in gleicher Weise und mit gleicher Frist jeweils zum Monatschluß gekündigt werden.

Die Kündigung wird auf Arbeitgeberseite durch den Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, Sektion 4 b (Stk. Essen), auf Arbeitnehmerseite durch den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, zugleich im Auftrage der unterzeichneten anderen Verbände bewirkt.

Essen, den 21. April 1920.

Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, Sektion 4 b. gez.: E. Staßfurt, 1. Vorsitzender.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands gez.: Wahlert.

Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter gez.: Albert Werlich.

Gewerksverein der deutschen Fabrik- und Handarbeiter gez.: Joh. Willems.

Für die Handwerkerbestimmungen Deutscher Metallarbeiterverband, gez.: Karl Saager.

Christlicher Metallarbeiterverband gez.: Heinrich Pabberg.

Protokollarische Erklärung zum Bezirks-Lohnabkommen für das Gebiet der Sektion 4 b.

Zu § 1, Absatz 1.

Das Gebiet der Sektion 4 b umfasst Westfalen, Walder, Lippe, Schaumburg-Lippe, Stadt- und Landkreise Essen, Duisburg, Wesel, Rees und Stadtkreise Mülheim-Ruhr und Oberhausen.

Zu § 3.

Die bezüglichen Anträge müssen innerhalb vier Wochen nach der Unterzeichnung des Abkommens durch die zuständige Organisation bei der Geschäftsstelle des Bezirks-Schlichtungsausschusses eingereicht werden.

Zu § 5, Absatz 2.

Angelernte Arbeiter, welche die Arbeiten gelernter Handwerker verrichten und drei Jahre im Fach tätig sind, sind den gelernten Handwerkern gleichzustellen.

Zu § 6.

Vorarbeiter sind Arbeiter, denen die Aufsicht über eine Gruppe von Mitarbeitern übertragen ist. Handelt es sich um eine einheitliche Arbeitergruppe, so sind die für diese Gruppe vorgesehenen Löhne für die Berechnung der tarifmäßigen Zulage maßgebend. Kommt jedoch eine gemischte Arbeitergruppe in Betracht, so wird der Stundenlohn des höchstbezahlten Arbeiters dieser Gruppe zugrunde gelegt.

Zu § 10.

Es herrscht zwischen den Vertragschließenden Einverständnis darüber, daß bei Kündigung des Abkommens und der Lohnordnung die neuen Forderungen so schnell wie möglich von der künftigen Vertragspartei eingereicht werden sollen, damit vor Ablauf der Kündigungsfrist der neue Tarif zum Abschluß gebracht werden kann.

Essen, den 21. April 1920.

Streiflichter.

Parvus, das heißt der Arme.

So besaß sich ein in der deutschen Sozialdemokratie bekannter und einflussreicher Genosse, der mit seinem richtigen Namen Dr. Philipp heißt, bisher Parvus hat nun freilich die Armut nicht so sehr aus der Pflicht, als wohl vielmehr aus Büchern

geschöpft. Intensiver aber befaßte er sich mit dem Thema: Wie werde ich schnell und hehrig reich? Er war ja zwar Gegner des Weltmordes, wiederum ideal, aber das hinderte ihn nicht, als türkischer Piesker im Weltkrieg so etliche Millionen in seine Armutstasche wandern zu lassen. Das war ihm vielleicht schmerzhaft, aber er konnte nichts daran machen. Die Millionen kamen ja einfach zu ihm. Ob er als Sozialist stark für die Vergesellschaftung geschwärmt hat, mag in Versammlungen wohl möglich gewesen sein. Dort im Dunst von Tabak und Zigarren kann ja dem Proleten so herzlich viel von Vergesellschaftungsbüchlein vorgemacht werden. In Wirklichkeit aber sind die Herrschaften gar nicht so eilig mit der Vergesellschaftung, wenn es aus ihrer Tasche gehen soll, im Gegenteil. Vorläufig hat sich — laut demokratischer Korrespondenz — der arme Parvus auf einem aus der wilhelminischen Ära bekannten Schlosse Schwanenwerder bei Berlin niedergelassen, um dort als Schloßherr zu fungieren. Wenn viele Luft auf ihn abfährt, und sie hat so manchen führenden Sozialisten schon abgefärbt — siehe Kapitel Sonderzüge — dann dürften die Proleten bald entsetzt aus dem Munde von Parvus folgende Worte vernehmen können: „Ah — die Sozialisierung — ah, ah — ist eine — rrrm — etwas veraltete — ah — Anschauung.“ Und der Chorus fällt dann ein: „Donnawetta, donnawetta, tabelllos!“

Pur gleichen Zeit meldet der Telegraph, daß der frühere unabhängige preussische Finanzminister Simon sich auch ein Schloß in der Mark gekauft habe.

Durch die Strahlen der Städte aber schleichen die wirklichen Parvi, schwindelnde Proleten, und hungernde Arbeiterkinder strecken ihre Händchen nach einem Stück Brot aus.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 2. Mai, der 19. Wochenbeitrag fällig, für die Zeit vom 2.—9. Mai.

Die Broschüre: „Erläuterung oder materialistischer Sozialismus“ von Schriftsteller Kollege Weber, ist zum Preise von 1 M. von der Zentrale zu beziehen.

Folgende Ortsgruppen erhalten die Genehmigung ab 18. Woche zur Erhebung der angegebenen Beiträge:

Dortmund. 1. Klasse 3.50 M., 2. Klasse 3.— M., 4. Klasse 2.— M., 5. Klasse (Jugend) 0.75 M.

Ham m. 1. Klasse 3.50 M., 2. Klasse 3.— M., 3. Klasse (halbe Beitragsklasse) 1.50 M., Jugendklasse 0.60 M.

Witten. 1. Klasse 3.50 M., 2. Klasse 3.— M., 3. Klasse 1.80 M., 4. Klasse 0.75 M.

Kulda. 1. Klasse 3.50 M., 2. Klasse 3.— M., 3. Klasse 1.80 M. und Lehrlingsklasse 0.90 M.

Wesel. 1. Klasse 3.50 M., 2. Klasse 3.— M., 3. Klasse 1.50 M., Jugendklasse 0.75 M. und Delegiertenmarke zu 0.50

Forstheim. 1. Klasse 3.50 M., 2. Klasse 3.— M., 3. Klasse 1.75 M., 4. Klasse (Jugend) 0.70 M. Delegiertenmarke 0.50 M.

Duderstadt. 2. Klasse auf 2.— M. die halben Beiträge auf 1.30 M.

Radenscheid. Ab 20. Beitragswoche: 1. Klasse 3.50 M., 2. Klasse 3.— M., 3. Klasse 1.50 M., Jugendklasse 1.— M.

Nichtbefolgung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet

Neuwelt (Ergeb) Kürzlich fand im Lokale „Welt in“ unsere diesjährige Generalversammlung statt, die sich eines guten Besuchs erfreute. Auch von den Raststellen Lauter und Schwarzenberg waren Kollegen anwesend. Kollege Salzer, Schwarzenberg, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß trotz des schlechten Wetters die Mitglieder zahlreich erschienen waren. Sodann erstattete der Vorsitzende, Kollege Weichlo, den Jahresbericht. Er gab zunächst einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung unseres Verbandes und wies an der Hand von Zahlen nach, daß unter Verband im letzten Jahre ein prozentual größter Mitgliederzuwachs zu verzeichnen habe. Auch unsere Raststelle hat an dieser Entwicklung regen Anteil genommen. Die Zahl unserer Mitglieder hat sich im Berichtsjahre verdreifacht. Ebenso sind die Kostenverhältnisse sehr günstig. Danach wurde zur Vorstandswahl geschritten. Kollege Weichlo teilte mit, daß er eine Wiederwahl als 1. Vorsitzender und 1. Kassierer infolge seiner hauptamtlichen Anstellung ablehnen möchte. Die Versammlung stimmte dem zu und wählte einstimmig folgende Mitglieder: als 1. Vorsitzenden Kollegen Lang, 2. Vorsitzenden Härtel, Kassierer Weichlo, 1. Schriftführer Gehler, 2. Schriftführer Richter, Beisitzer Härtel und Zicker, Vertrauensmänner Weichlo, Richter und Ullmann.

Darauf hielt Kollege Weichlo ein Referat über das Betriebsrätegesetz. Er führte ungefähr aus, daß durch dieses Gesetz den Arbeitnehmern große Rechte eingeräumt worden seien. Das könnten vor allem die Kollegen beweisen, die wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbands schon gemeldet worden seien. In der anschließenden Ansprache wurde dann noch über den neuabgeschlossenen Tarif gesprochen. Mit einem Appell an alle Anwesenden, auch im neuen Jahre mit aller Energie für den Verband zu arbeiten, schloß Kollege Weichlo die schon verlaufene Versammlung.

Aus der Branchenbewegung.

Goldschmiede und Graveure.

Danzig. Am 17. April 1919 wurde für die Goldschmiede und Graveure zu Danzig, die sich seitlos dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen hatten, ein Tarif aufgestellt und nach eingehender Verhandlung mit der Gold- und Silberbeschleimermeister-Innung bis zum 31. 12. 1919 abgeschlossen. Dieser Tarif wurde stillschweigend bis zum 31. März 1920 verlängert.

Auf Grund der herrschenden Teuerung sind im Laufe der Zeit verschiedene Teuerungszulagen den Goldschmiedegeschäften und Graveuren zugestanden worden. Um einen festen, der heutigen Zeit entsprechenden Tarif für diesen Beruf zu haben, wurde der erste Tarif am 25. Februar von der Gehilfenschaft zum 1. April 1920 gefändigt.

Bei der Verhandlung am 29. März wurden Stundenlöhne von 2,25 bis 5,00 M. für die Goldschmiedegeschäfte und Graveure errungen. Ferner wurde das Überstundenwesen und die Sonntagsarbeit auch an den gesetzlich freigegebenen Sonntagen geregelt. Die Gewährung des Urlaubes von 4—14 Tagen konnte tariflich festgelegt werden. — Den Beihilgen wurde eine Erhöhung des Lohnes nach Rücksprache mit der Handwerksammer zugesichert.

Diese beachtenswerten Erfolge konnten errungen werden, weil die Goldschmiedegeschäfte und Graveure durch den einmütigen Anschluß an den Christlichen Metallarbeiterverband sich eine wirksame Interessensvertretung geschaffen haben.

Versammlungskalender.

Samstag, den 1. Mai 1920.

Essen-Borbeck-Dellwig. 7 Uhr mit Frauen bei Ww. Kuhlmann Weidkamp.

Essen-Mitte. 6 Uhr Jugendversammlung im Vereinhause, Essen West, Unterborbeckstr.

Essen-Kray. 7 bei Heilhofi.

Dortmund (Elektronen). 8 Uhr im gold. Löwen, 1. Kampstr.

Dortmund-Dortfeld (Jugendabteilung). 6 Uhr bei Samm.

Rohlfeld. 7 bei Schmidt, Kalkstr.

Walscherbach. 7 Uhr eo. Vereinhause.

Ulfersd. 7 Uhr im Gesellenhause, Josefstr. (Nachbildeabend.)

Sonntag, den 2. Mai 1920.

Dortmund-Blindendortmund. 11 Uhr bei Specht.

Dortmund-Sudarde. 11 Uhr bei Schneider.

Dortmund-Balkrop. 4 Uhr bei Rumschulte.

Dortmund-Castro. 11 Uhr bei Kalkhoff, Weidumerstr.

Dortmund-Nord. (Jugendabteilung.) 10,30 Uhr bei Oke, Leopoldstraße.

Essen-Borbeck-Schönebeck. Versammlung nicht 11 Uhr, sondern abends 6 Uhr bei Hausmann, Hagenbusch.

Essen-Altstadt. Versammlung findet wegen der Rundgebung nicht statt. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Samborn-Marxloh. 2,30 Uhr bei B. u. H.

Samborn. 11 Uhr bei Schiermann, Ede Gottlieb- und Beeder Straße, Vertrauensmännerversammlung.

Mittwoch, den 5. Mai 1920.

Dortmund. 6,30 Uhr bei Sötte, Rheinische Straße, Vertrauensmänner.

Donnerstag, den 6. Mai 1920.

Dortmund-Süd. 6 Uhr bei Kroll, Klinkerstr. Vertrauensmänner.

Samborn. 8 bei Schiermann, Ede Gottlieb- und Beeder Str.

Essen-Borbeck. 5 Uhr Versammlung bei Trogemann.

Essen. (Nachgruppe der Former und Gießerarbeiter.) 6 Uhr Tagungsversammlung im Alfredshause, Frohnhauserstr. 19.

Essen. Nachgruppe der Elektriker und verw. Berufe. 7 Uhr Versammlung im Gesellenhause, Steeler Str. 36.

Beleggänge bei der Hauptkasse im Monat März.

Essen 25 000, Oberhausen 200, Duisburg 2000, Hörde 4500, Rattowig 700, Weg 250.50, Gelsenkirchen 10 000, Mülheim-Eberhausen 5000, Duisburg 20 000, Wielefeld 1400, Unterköthen 1200, Wehernich 2600, Düren 3500, Warden 3000, Lauterbach 250, Siegen 10 000, Zuffingen 618.84, Wehernich 2500, Chemnitz 103.90, Wielefeld 1400, Wangen 200, Mülhausen i. Elz. 772.50, Karlsruhe 1700, Delbe 2000, M.-Glabbach 4000, Gelsenkirchen 120, Schw.-Gmünd 2500, Mädingen 1328.40, Zuffingen 4500, Wielefeld 600, Siegen 4330.34, Warden 3000, Eschweiler 4000, Schramberg 3000, Freiburg 8, Weingarten 1100, Forstheim 3404, Saarbrücken 34 843.62, Lauterbach 250, Hamm 7500, M.-Glabbach 5000, Bocholt 19.73, Weibert 18 000, Bremen 500, Fulda 2000, Nemscheid 7000, Hildesheim 1000, Peine 1600, Mülheim 15 000, Fulda 1000, Lamsdorf 300, Rabensburg 700, Stuttgart 508.38, Dortmund 10 000, Bochum 30 000, Gelsenkirchen 10 070, Hagen 10 000, Essen 25 000, Stegburg 6000, Fulda 1000, Reheim 15 000, Kiel 700, Dilsberg 1000, Stolberg 5000.

Stahl-Platten, pr. Friedensware, 4 1/2 x 9 cm, ca. 8 gr Muster geg. Eins. von 30 Pf. u. Porto. Fellenz, Hamburg, Börsestraße 2a, Spt.

Chauffeur

27 Jahre, ledig, gestützt auf einwandfreie Papiere, mit Führerschein III und II, sucht ab 1. Mai 1920 od. später Stellung.

Angeb. unter M. J 300 an den Deutschen Metallarbeiter Duisburg, Musfeldstraße 15.

Gesucht

für das Formen mittels Handformmaschinen. Ges. Angebote unter Angabe von Alter, Religion, wo gearbeitet, Gehaltsanspr. usw. an N. V. Yergleeryen und Emailleerfabriken De Eina, Breda, Holland.

Selbständig arbeitende Schmiede, Kernmacher, Maschinenformer, Gusspufer, Silbsarbeiter, Zuschläger

stellt sofort ein N. Veten, Herrn i. Westf.

Für meine Formmaschinenabteilung wird ein tüchtiger

Vorarbeiter

gesucht. Derselbe muß in der Maschinenformerei gründlich erfahren sein und gute Kenntnisse in der Anfertigung von Modellplatten nachweisen können. N. Veten, Herrn i. Westf.

Werkzeugschlosser

gesucht, bewandert im Schnitt- und Stanzbau. S. Nickel & Co., Raffel Aluminiumwarenfabrik.